



08.06.2015 | Nr. 243/15

## **Katja Rathje-Hoffmann: Offensichtlich besteht dringender Handlungsbedarf bei der Heimaufsicht**

Die sozialpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion im schleswig-Holsteinischen Landtag, Katja Rathje-Hoffmann, hat das am heutigen (08. Juni 2015) Vorabend der von ihr beantragten Sondersitzung des Sozialausschusses zu den Vorkommnissen im „Friesenhof“ eilig von Sozialministerin Kristin Alheit angekündigte Maßnahmenpaket als Eingeständnis dringenden Handlungsbedarfs bezeichnet:

„Wenn innerhalb weniger Tage nach einer Medienberichterstattung durch das Ministerium derart umfassende Maßnahmen angekündigt werden, dann muss die Überprüfung der Abläufe in der Heimaufsicht ganz erheblichen Handlungsbedarf über den Einzelfall Friesenhof hinaus ergeben haben. Offensichtlich haben die der Ministerin unterstellten Behörden doch nicht so schnell und gut reagiert, wie es der Öffentlichkeit zu Beginn mitgeteilt wurde“, erklärte Rathje-Hoffmann in Kiel.

Anders sei die plötzliche Ankündigung einer Änderung der landesrechtlichen Grundlagen der Heimaufsicht, der Verbesserung der Transparenz zwischen Landesjugendamt und Jugendämtern, sowie einer Personalverstärkung bei der Heimaufsicht nicht zu erklären. „Es ist sicherlich kein Zufall, dass die Ministerin noch am Vorabend der Sondersitzung eine solch umfassende Erklärung abgibt. Offensichtlich hat unser Druck sie zum Handeln gebracht“, so Rathje-Hoffmann.